Drucksachen-Nr.
6913/2014-2020

Freie Demokratische Partei

Sprecherin der FDP-Gruppe
im Rat der Stadt Bielefeld

Jasmin Wahl-Schwentker Altes Rathaus (Erdgeschoss, Zimmer 12)
Niederwall 25 • 33602 Bielefeld

An den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

Herrn Julkowski-Keppler

Bielefeld, den 11.06.2018

Änderungsantrag zum Antrag der CDU zum TOP 7 für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 12.06.2018

Sehr geehrter Herr Julkowski-Keppler,

den unter TOP 7.1 gestellten Antrag der CDU beantragen wir wie folgt zu ändern:

Änderung 1:

Ändern von Satz 1 in Punkt 1:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah mit allen relevanten Akteuren einen Runden Tisch zum Erlass einer Allgemeinverfügung ….“

zu

„Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah mit allen relevanten Akteuren einen Runden Tisch zur **Diskussion von Nutzungskonflikten im Wald** und zum **evtl.** Erlass einer Allgemeinverfügung ….“

Änderung 2:

Einfügen nach Punkt 1:

2. Die Verwaltung dokumentiert für den Runden Tisch, die Bezirksvertretungen und den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz eventuell seit dem 1.1.2018 bekannt gewordene Konflikte, die aus der Außerkraftsetzung der Allgemeinverfügung zu Reitbeschränkungen entstanden sind. An Häufigkeit und Umfang der so ggf. dargestellten Konflikte sollte sich der grundsätzliche Regelungsbedarf orientieren.

Niederwall 25
33602 Bielefeld
fdp.rat@bielefeld.de

Tel. (0521) 51-5079
Fax (0521) 51-2008

Freie Demokratische Partei

Sprecherin der FDP-Gruppe
im Rat der Stadt Bielefeld

Jasmin Wahl-Schwentker Altes Rathaus (Erdgeschoss, Zimmer 12)
Niederwall 25 • 33602 Bielefeld

3. Die Stadt Bielefeld das Wanderreiten und pferdebezogenen Tourismus in der Region fördern und nicht behindern. Ein evtl. Vorschlag der Verwaltung zur Beschränkung von Reitmöglichkeiten soll daher nicht verhindern, dass der Teutoburger Wald in attraktiven Routen für das Wanderreiten einbezogen werden kann. Das gefährliche Ausweichen auf Verkehrsstraßen soll soweit wie möglich vermieden werden.

Punkt 2 wird zu Punkt 4

Begründung:

Die von der ehemaligen, rot-grünen Landesregierung beschlossene Liberalisierung des Reitrechts ist zu begrüßen und sollte nicht durch überzogene kommunale Regulierung konterkariert werden.

Alle Beteiligten sind intensiv zu hören und in einen Dialog zu bringen mit dem Ziel, ohne zusätzliche Regulierungen auszukommen. Daher sollen auch Erfahrungen mit der seit 1.1.2018 bestehenden Regelung in die Diskussion einfließen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Maik Schlifter

Niederwall 25
33602 Bielefeld
fdp.rat@bielefeld.de

Tel. (0521) 51-5079
Fax (0521) 51-2008